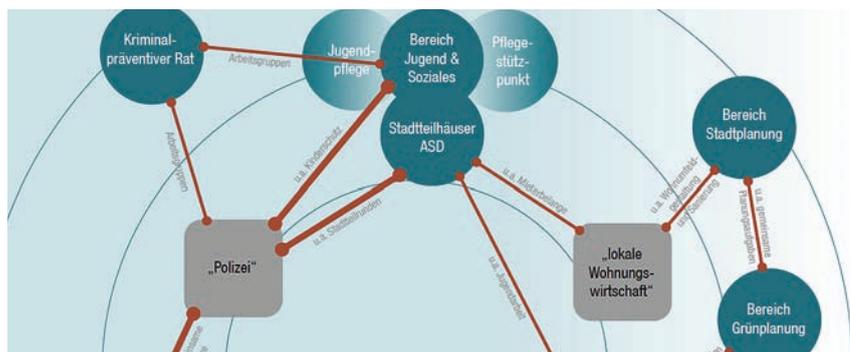


Sicherheit im Wohnumfeld

– Kurzfassung –

● Akteure, Netzwerke, Strategien für ein sicheres Wohnumfeld in den Fallstudienstädten



TRANSIT – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen

Der hier vorliegende Bericht ist in einer Reihe weiterer Berichte entstanden und stellt ein Teilergebnis des Forschungsprojektes transit dar, das in der Zeit von 2013-2016 im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ im Themenfeld „Urbane Sicherheit“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Das Projekt wurde in einem Forschungsverbund unter der Federführung der Kriminologischen Forschung und Statistik des Landeskriminalamts Niedersachsen gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin und unter Mitwirkung von F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH in Hamburg durchgeführt.

Die Ausrichtung des Projekts konzentrierte sich auf Fragen der Kriminalprävention und (Alltags-)Sicherheit in der Stadt und hatte dabei besonders die Qualität des Wohnumfeldes und die nachbarschaftliche Perspektive im Fokus. Ziel des Projektes transit war es, transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für die zentralen Akteure Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft zu schaffen und sie so aufzuarbeiten, dass sie in die Alltagsorganisation und in das Alltagshandeln der einzelnen Beteiligten eingebettet werden können.

Für eine nachhaltige Verankerung war es schon während der Projektlaufzeit besonders wichtig, theoretisch erarbeitete Erkenntnisse auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen. Daher wurde die Anwendbarkeit der Erkenntnisse in drei Fallstudienstädten erprobt und konnte im Anschluss direkt an die Bedarfe angepasst werden. Die erarbeiteten Sicherheitsstrategien für Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft wurden in einer Handreichung so aufbereitet, dass sie auch in anderen Kommunen in die tägliche Sicherheitspraxis einfließen können (www.transit-online.info).

Um transdisziplinäre Ergebnisse zu erzielen, hat das Projektteam einen multidimensionalen Forschungsansatz gewählt. Dazu war ein Methodenmix aus quantitativen und qualitativen Instrumenten erforderlich. Um die Komplexität der Ansätze nachvollziehbar zu halten, aber auch um Interessierten einen schnellen Zugang zu den Teilergebnissen des Projekts zu ermöglichen, haben wir uns entschlossen, die Ergebnisse der einzelnen methodischen Schritte jeweils als gesonderte Broschüren zu veröffentlichen, so dass der Projektprozess auch für Außenstehende nachvollzogen werden kann. Die Teilergebnisse sind sowohl als einzelne Broschüren nutzbar, der ganzheitliche Ansatz des Forschungsprojektes wird jedoch erst in ihrer Gesamtheit sichtbar.

Folgende Broschüren sind verfügbar:

1. Theoretische Grundlagen der Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld
2. Glossar „Sicherheit im Wohnumfeld“
3. Ergebnisse des ersten Fallstudien-Workshops
4. Kleinräumige Kriminalitätslagebilder für die Fallstudienstädte (nicht öffentlich verfügbar)
5. Auswertungen der Befragung zum Sicherheitsempfinden im Wohnumfeld
6. Ergebnisse der Befragung von Wohnungsunternehmen zu sicherheitsrelevanten Themen
7. Dokumentation der Begehungen und Beobachtungen
8. Gegenüberstellung von Angsträumen und Gefahrenorten
9. Ergebnisse des zweiten Fallstudien-Workshops
10. Akteure, Netzwerke, Strategien für ein sicheres Wohnumfeld in Braunschweig, Emden und Lüneburg

Neben den Broschüren wurde zudem eine Handreichung für eine verbesserte Zusammenarbeit der Sicherheitsakteure Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft erarbeitet. Alle Produkte stehen auch online auf der Homepage www.transit-online.info zur Verfügung.

Kommunale Kriminalprävention für das Wohnquartier

Akteure, Netzwerke und Strategien für ein sicheres Wohnumfeld in Lüneburg, Emden und Braunschweig

Vorbemerkung: Die vorliegende Publikation stellt die Erkenntnisse zu Akteuren, Netzwerken und Strategien kommunaler Kriminalprävention der Fallstudienstädte des Forschungsprojektes transit in Kurzform vor. Eine ausführliche Darstellung der Akteursnetze und Kooperationsstrukturen für ein sicheres Wohnumfeld in Lüneburg, Emden und Braunschweig steht Ihnen ab Ende November 2016 auf der Webseite des Forschungsprojekts unter www.transit-online.de zur Verfügung.

1. Akteure und Kooperationen für Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft

Neben einer Vielzahl anderer Faktoren beeinflusst die Sicherheit die Lebensqualität in den Quartieren. Besonders das Gefühl und die Gewissheit, sich im unmittelbaren Wohnumfeld frei und sicher bewegen zu können, ist die Grundlage dafür, sich dort auch wohlfühlen, nachbarschaftliche Kontakte zu entwickeln und Verantwortung füreinander und für das Wohnumfeld zu übernehmen.

Sicherheit im Lebensalltag des Quartiers ist mehr als ausschließlich der Schutz vor Kriminalität. Es geht vielmehr auch um die gefühlte und wahrgenommene Sicherheit. Sie ermöglicht es erst, den (öffentlichen) Raum frei zu nutzen – ohne dass sich in konkreten Bereichen ein „seltsames Gefühl“ einstellt, bestimmte Orte im Quartier schon von vornherein gemieden werden oder aus Furcht vor anderen Personen die Straßenseite gewechselt wird. Wenn in dieser Handreichung von „Sicherheit“ die Rede ist, dann ist damit diese Bedeutung gemeint, die bei den Bewohnerinnen und Bewohnern eines Quartiers ansetzt.

Eine so verstandene Sicherheit entsteht dadurch, dass unterschiedliche Einflüsse gleichzeitig auf das Quartier wirken: baulich-gestalterische, soziale und regulatorische Elemente.

Diese Bandbreite macht deutlich: Nicht nur ein Akteur alleine ist für die Sicherheit im Wohnumfeld zuständig. Erforderlich ist vielmehr eine kooperative Zusammenarbeit. Maßgeblich betrifft dies die Aufgabenbereiche von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune mit

**SICHERHEIT ALS
QUERSCHNITTSTHEMA**

deren unterschiedlichen Fachbereichen. Weitere Akteure wie soziale Institutionen, lokale Gewerbetreibende und natürlich die Bürgerinnen und Bürger selbst kommen hinzu.

Hierdurch entstehen Kooperationsformen und Netzwerkstrukturen, deren Ausprägungen und Genese einen Untersuchungsschwerpunkt des Forschungsprojekts transit darstellten. Als Untersuchungsräume dienten hierbei die Städte Lüneburg, Emden sowie Braunschweig, wobei neben einer stadtweiten Betrachtung jeweils ein spezifisches Quartier beispielhaft kleinräumige Netzwerkanalysen möglich machte. Durch leitfadengestützte Interviews, Beobachtungen und der Auswertung von Publikationen und Dokumenten wurden diese in der Praxis vorzufindenden Formen und Konstellationen kooperativer Zusammenarbeit analysiert.

Der weit gefasste Sicherheitsbegriff sowie die Komplexität von Netzwerkstrukturen erforderte es jedoch, die Gruppe der zu untersuchenden Akteure zu begrenzen. Im Kern der vorliegenden Untersuchung stehen daher die kommunalen Akteure, die Sicherheit im Wohnumfeld beeinflussen. Innerhalb der Akteurslandschaft – aus Polizei, Wohnungsunternehmen, Kommune und vielen weiteren Handelnden – bilden sie somit nur einen Ausschnitt. Aufgrund der ausdifferenzierten kommunalen Verwaltungsstruktur lassen sich am Beispiel der kommunalen Handelnden jedoch unterschiedliche Selbst- und Sicherheitsverständnisse, Kooperationsbeziehungen und Strategieansätze in der lokalen Sicherheitsarbeit beispielhaft herausarbeiten. Andere Akteure, wie Polizei und lokale Wohnungswirtschaft, wurden dagegen jeweils als Gesamtkomplex behandelt – auch wenn zu einer adäquaten Darstellung auch hier Differenzierungen angebracht sind (z.B. die Sonderstellung eines lokalen Kontaktbereichsbeamten oder eine Unterteilung in lokal-verwurzelten Wohnungsunternehmen gegenüber Fondsgesellschaften). Eine Begrenzung ergibt sich zudem aus dem besonderen Fokus der Untersuchung: Sie richtet sich auf den speziellen Themenbereich „Sicherheit im Wohnumfeld“ und daher vor allem darauf, wie mit räumlichen und sozialen Aspekten im öffentlich genutzten Raum umgegangen wird. Unter einem anderen Sicherheitsaspekt wie etwa „häusliche Gewalt“ prägen sich Netzwerkstruktur und thematische Nähe anders aus.

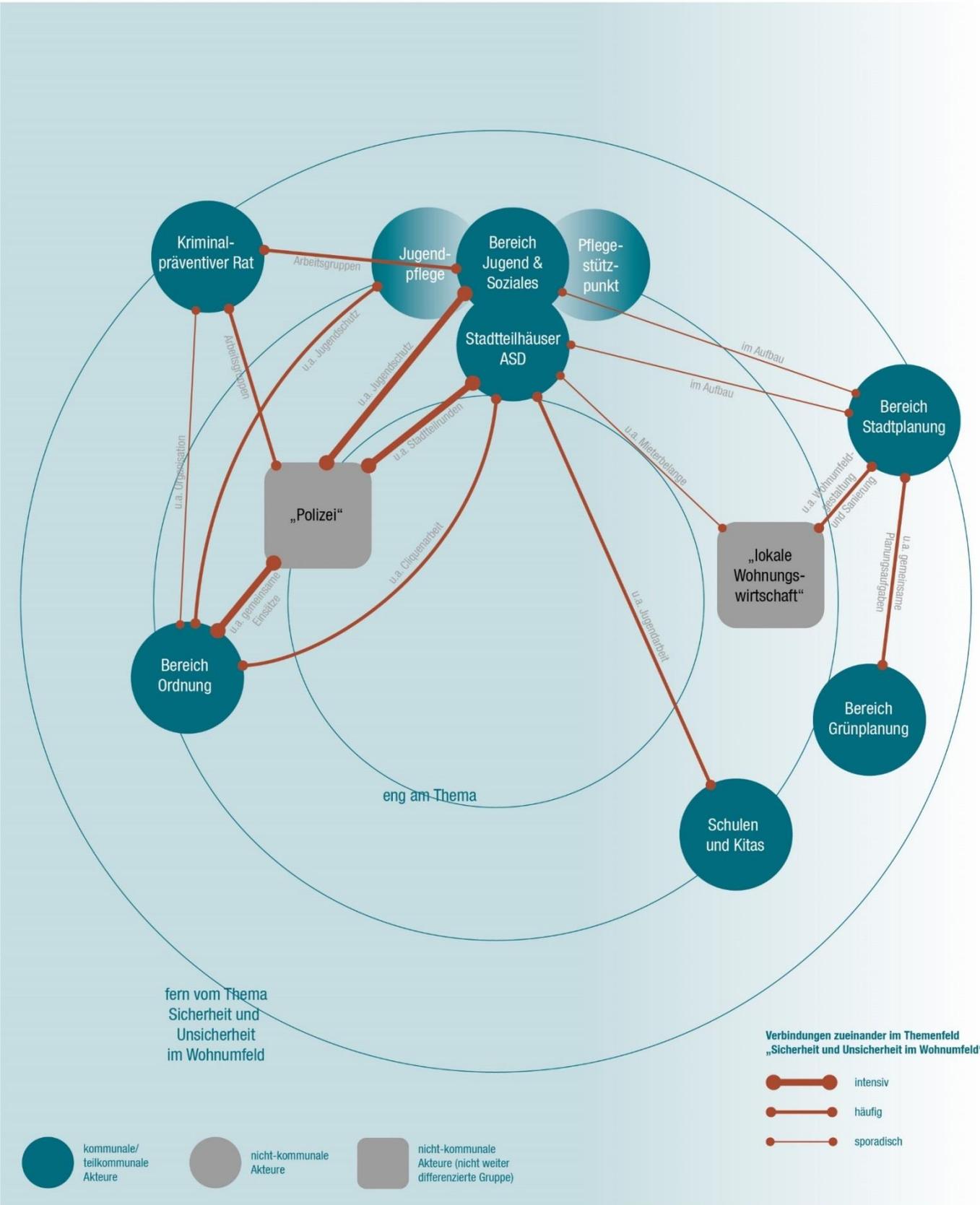
Die identifizierten Netzwerke der untersuchten Akteure zum Thema der wohnumfeldbezogenen Sicherheit werden im Folgenden skizziert. Hierbei dienen jeweils Schaubilder der – stark vergrößerten – Visualisierung der verflochtenen Strukturen. Sie helfen, den komplexen Gegenstand lesbar und erfassbar zu machen. Diese Schaubilder haben nicht den Anspruch, die „Realität“ abzubilden, sondern die Grundzüge der Akteurszusammenarbeit in diesem Thema erfassbar zu machen – wer hat wie eng mit dem Thema zu tun und steht dafür mit wem wie intensiv in Verbindung? Welche Nähen zwischen den Akteuren bestehen? Welche Fernen? Wo bilden sich Akteursinseln? Wer sind die Angelpunkte im Akteursnetz, die eine zentrale Vermittlungsfunktion einnehmen?

Hierfür bilden die Darstellungen maßgeblich zwei Dimensionen des Akteursnetzes ab: die Nähe zum Thema „Sicherheit im Wohnumfeld“ und Verbindungen der Akteure untereinander. In ihrer Nähe zum Thema wurden die Akteure in einer Abfolge konzentrischer Kreise bezogen auf das Thema verortet. Je näher die Akteure dem Mittelpunkt stehen, umso stärker sind sie mit dem Thema „Sicherheit im Wohnumfeld“ befasst. So lassen sich Akteure identifizieren, bei denen das Thema (zumindest in Teilaspekten) einen festen Bestandteil der täglichen Arbeit darstellt, andere besitzen projektbezogene Berührungspunkte und weitere sind wiederum nur in Ausnahmefällen mit dem Thema befasst. Die Art und Intensität der Akteursverbindung werden dagegen als linienhafte Verbindungen zwischen den Akteuren beschrieben und für die Darstellung in drei Intensitäten abgestuft. Zudem finden sich in den Kommunen häufig besondere thematische Netzwerke, wie lokale Steuerungsgruppen, in denen einige Partner besonders intensiv miteinander verbunden sind. Diese sind zusätzlich mit einem Punkt markiert und bilden häufig einen besonderen Akteurskern für (unter anderem) das Thema der Sicherheit im Wohnumfeld.

Auf diese Weise entstehen typische Netzwerkbilder der Fallstudienstädte mit Übereinstimmungen (bspw. einige typische Kontakte zwischen Akteuren oder typische Nähen-Fernen-Konstellationen) aber vor allem auch sehr unterschiedliche Ausprägungen des Gesamtnetzwerks zwischen den Kommunen.

Akteursnetz Lüneburg

Nähen und Fernen zueinander und zum Thema „Sicherheit im Wohnumfeld“
mit besonderem Fokus auf den Bereich Lüneburg-Am Weißen Turm



2. Kommunale Kriminalprävention im Wohnumfeld in Lüneburg

Lüneburg gilt bei den kommunalen Akteuren grundsätzlich als „sichere Stadt“ – im Großen und Ganzen auch als „ordentliche Stadt“. Tatsächliche Sicherheitsprobleme werden übereinstimmend nicht wahrgenommen. Das Thema der städtebaulichen Kriminalprävention ist daher in Lüneburg bisher von kommunaler Seite nicht als explizites Handlungsfeld verfolgt worden. Weder von den räumlich-, den sozial- oder den ordnungs-orientierten Fachbereichen wird dieser Aspekt eigenständig behandelt, sondern in Form des fachlichen Selbstverständnisses ohne besondere Fokussierung mit behandelt. Der Kriminalpräventionsrat verfolgt dieses Thema bislang ebenfalls nicht als gesonderten Schwerpunkt.

Da raumgezogene Sicherheitsaspekte in Lüneburg nur selten explizit zum Thema gemacht werden bzw. gemacht werden müssen, zeigen sich nur wenige akteursübergreifende Maßnahmen, die als spezifische Sicherheitsmaßnahmen bezeichnet werden können. Innerhalb der Arbeitsprogramme der kommunalen Verwaltung finden sich jedoch in verschiedenen Prinzipien, Konzepten und Maßnahmen Berührungspunkte zur Sicherheit im Wohnumfeld.

So ist etwa die stadtteilbezogene (soziale) Arbeit eine explizite Strategie der Stadt Lüneburg. Dieses Prinzip der Quartiersorientierung wird von den kommunalen Lüneburger Akteuren einhellig geschätzt und ermöglicht lokal angepasste, frühzeitige und zielgruppenspezifische Hilfeangebote. Prävention wird hier als soziale Prävention verstanden – dem Verhindern individueller sozialer Problemlagen. Aus dieser individuell-orientierten Prävention ergibt sich eine gesellschaftliche Präventionswirkung, wenn die Kohäsion gestärkt und Konflikte in der Gemeinschaft vermieden werden. Somit leistet der Ansatz einen Beitrag zur Prävention auch in Bezug auf Sicherheit im Wohnumfeld. Das wichtigste Instrument hierfür sind die dezentralen „Stadtteilhäuser“. Sie sind Plattformen, die die verschiedenen sozialen Angebote bündeln und Ehrenamt aktivieren, was eine jeweils eigene, individuelle Ausrichtung der Stadtteilhäuser beinhaltet. Diese Möglichkeit eigener Schwerpunktsetzung, die auf die Bedarfe der Quartiere passend Bezug nimmt, gilt den Akteuren als große Qualität innerhalb des Lüneburger Stadthaus-Ansatzes.

Auf Ebene des Quartiers – am Beispiel des Untersuchungsgebiets „Hinter der Saline/Am weißen Turm“ – ist eine starke Netzwerkorientierung sichtbar. Maßgeblich durch das Stadtteilhaus induziert, werden auf dieser Ebene vor allem die sozialorientierten Akteure miteinander vernetzt. Gemeinsamer Austausch findet über regelmäßige Stadtteilrunden statt, die einen starken inhaltlichen Fokus auf Kinder und Jugendliche, Senioren und soziale Themen legen. Dementsprechend setzt sich der quartiersbezogene Teilnehmerkreis vor allem aus Jugendhilfeträgern, Sozialen Einrichtungen, Kindergärten und dem Bereich Soziale Dienste/Jugendamt zusammen. Auch der Kontaktbeamte der Polizei ist dort eingebunden.

**SOZIALE
STADTEILARBEIT ALS
PRÄVENTIONSANSATZ**

Die vier polizeilichen Kontaktbeamten Lüneburgs übernehmen in der Sicherheitsarchitektur der Stadt ohnehin eine besondere Rolle, denn sie erlauben eine intensive polizeiliche Präventionsarbeit in den Quartieren. Für den Bereich Mittelfeld, in dem das kleinräumige Untersuchungsgebiet liegt, sind zwei Kontaktbeamte (KOB) verantwortlich, die den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern halten und das polizeiliche Wissen sowie besondere lokale Situationskenntnis in entsprechende Runden einbringen. Die KOBs nehmen Präventionsthemen auf und beraten zu verschiedenen Themen in Schulen und Altenheimen. Sie sind Mitglied im Kriminalpräventiven Rat und dort auch im Bereich Wohnungseinbruchdiebstahl aktiv. Diese sicherheitsstärkende Wirkung wird jedoch erst durch die vorhandene Personalstärke möglich, wobei beispielsweise die Kooperation zwischen den Lüneburger Stadtteilhäusern und den polizeilichen Kontaktbeamten nicht strukturell angelegt ist: Es besteht keine Strategie, die jeweiligen quartiersbezogenen Arbeitsebenen zu verknüpfen – eine Kooperation ist daher räumlich und inhaltlich naheliegend, es bleibt aber den Akteuren vor Ort überlassen, diese Kooperationsmöglichkeit zu nutzen und auszugestalten.

Die vergleichsweise geringe Bedeutung von Sicherheitsproblemen in Lüneburg führen dazu, dass auf stadtweiter Ebene die verwaltungsinternen Beziehungen im Bereich der urbanen Sicherheit vorhanden, aber nur wenig ausgeprägt sind. Im Regelfall bearbeiten die jeweiligen Fachbereiche den Sicherheitsaspekt in ihrer jeweils eigenen Verantwortung. Die Bereiche Soziale Dienste/Jugendamt, Ordnung sowie die raumbezogenen Fachbereiche stehen in Lüneburg in diesem Zusammenhang nebeneinander: Beispielsweise findet die Mitwirkung anderer Fachbereiche an Fragen der Stadtplanung vornehmlich durch die formelle Behördenbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung statt, durch das Ordnungsamt werden andere Fachbereiche nur im konkretem Projekt-Einzelfall einbezogen, gleichermaßen gilt dies im Gegenzug, wobei das Ordnungsamt nur bei Problemen eingeschaltet, aber nicht bereits im Rahmen der Planungen, etwa von Platz- oder Grünflächengestaltungen, beteiligt wird. Extern ist für die kommunale Verwaltung die Polizei ein zentraler Sicherheitsakteur in Lüneburg und auch für einzelne Verwaltungsbereiche ein wichtiger Partner. Insbesondere von Seiten des Ordnungs- wie des Jugendamtes bestehen starke Verbindungen zu diesem Akteur.

3. Kommunale Kriminalprävention im Wohnumfeld in Emden

Sicherheit und Prävention – in seiner vielfältigen Ausgestaltung – sind in Emden seit vielen Jahren ein kommunales Thema. Seit dem Jahr 2000 besteht in Emden ein kommunaler Präventionsrat, dessen Blick auf das Thema der Kriminalprävention bereits bei Gründung weit gefasst wurde: Als Ziel steht die objektive und subjektive Sicherheit der Bevölkerung und die Kommune verfolgt unter diesem Aspekt bewusst die gesamte „Präventionstriade“ der Kriminalprävention. Einen Schwerpunkt bildet die primäre Prävention und die Kommune zeigt eine deutliche politische Schwerpunktsetzung im Jugendbereich. Die Angebote der Jugendarbeit, wie etwa die offenen Jugendeinrichtungen, werden von den kommunalen Akteuren als Qualität der Stadt bewertet und dienen bewusst auch einem kriminalpräventiven Gedanken.

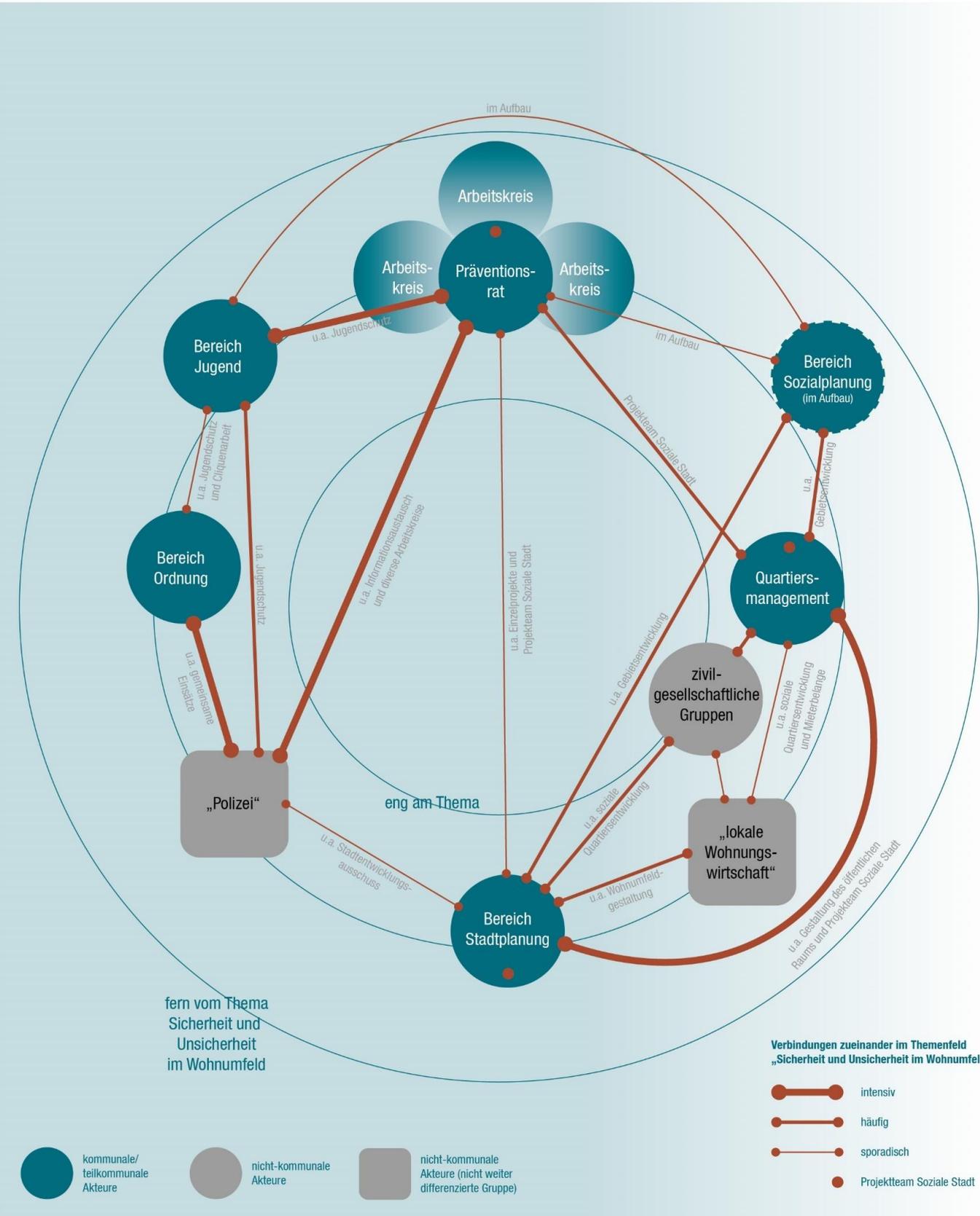
Die Akteursverbindungen in Emden zeigen sich grundsätzlich – wie auch bezogen auf das Thema der Sicherheit – sehr eng und als verflochtenes Netzwerk aus kommunalen sowie externen Sicherheitsakteuren. Besondere Rahmenbedingung in der Zusammenarbeit ist dabei für Emden die überschaubare Stadt- und Netzwerkgröße, die kurze Wege und flexible Reaktionen erlaubt. Dabei gilt die Stadt Emden allen Akteuren grundsätzlich als sichere Stadt – Kriminalitätsphänomene bleiben im „normalen Rahmen“. Sichtbare Problematiken einer Großstadt, wie eine offene Drogenszene oder konzentrierte Prostitution, finden sich in Emden nicht und alltägliche Probleme spielen sich in Emden vornehmlich unterhalb der Kriminalitätsschwelle ab. Die Wohngebiete gelten daher unter kriminalpräventiven Gesichtspunkten bei keinem kommunalen Fachdienst als Tätigkeitsschwerpunkt. In diesem Sinne ist auch das Thema der städtebaulichen Kriminalprävention in Emden nicht im kommunalen Fokus.

Der vergleichsweise geringe Problemdruck und eine grundsätzliche Kooperationskultur der Fachdienste untereinander haben es in den Augen der beteiligten Akteure bisher nicht erforderlich gemacht, für das Themenfeld der Sicherheit im öffentlichen Raum eine eigenständige Netzwerkstruktur aufzubauen. Es gibt Einzelanlässe, zu denen Akteure zusammenkommen, um sich abzeichnende sicherheitsbezogene Fragesellungen zu thematisieren und Lösungsansätze suchen, aber es gibt keine strategische Ausrichtung, das Thema auf Stadtteilebene zu behandeln. Arbeitskreise oder Strukturen hierzu sind nicht etabliert, das Thema der Sicherheit im räumlichen Bezug wird mitbearbeitet oder am konkreten Problem mit den hierzu direkt verantwortlichen Akteuren behandelt. Daher zeigt sich auch das Netzwerk in diesem Zusammenhang schwächer, als es sich in anderen thematischen Bezügen in Emden darstellt.

ETABLIERTE
KOOPERATIONS-
KULTUR IN EMDEN

Akteursnetz Emden

Nähen und Fernen zueinander und zum Thema „Sicherheit im Wohnumfeld“
mit besonderem Fokus auf den Bereich Emden-Barenburg



In diesem Sinne sind daher die Akteursbeziehungen beispielsweise zur Stadtplanung wenig ausgeprägt in denen es explizit um das Thema der Sicherheit geht: Sicherheitsfragen werden zum Teil im Arbeitskreis Verkehrsprävention behandelt; viele Aspekte der Sicherheit im öffentlichen Raum werden mit dem Fokus „Verkehr“ jedoch ausgeklammert. Das Ordnungsamt arbeitet wenig mit dem Fachdienst Stadtplanung zusammen und auch der Präventionsrat Emden pflegt zwar regelmäßige Kontakte zu diesem Fachdienst, bestimmte Räume und deren Sicherheitsfragen werden jedoch nur sehr punktuell und anlassbezogen gemeinsam behandelt. Das gilt gleichermaßen für die engeren Kontakte der Stadtplanung zu weiteren Akteuren – auch hier spielt das Thema der Sicherheit nur eine untergeordnete Rolle. Noch weniger in Kooperationsbeziehungen zum Thema der Sicherheit im Quartier eingebunden sind die sozialen Fachbereiche Gesundheit und Soziales sowie Schule, Jugend und Sport. Thematische Bezüge der sozialen Fachbereiche zur Wohnumfeldsicherheit werden weder selbst, noch von den anderen Akteuren gesehen.

Gravitationspunkt im Sicherheitsnetzwerk ist der Emdener Präventionsrat. Er ist die Stelle, an der sicherheitsbezogene Informationen zusammenlaufen und der auch von den kommunalen Akteuren als Erster genannt wird, wenn es darum geht, Informationen zu beziehen. Der kommunale Präventionsrat erhebt in Zusammenarbeit auch Daten und wertet Daten aus – mehr als eine reine „Informationsdrehscheibe“ ist er also auch Informationsgenerator und kann gerade durch die Vielzahl ihm zugetragener, unterschiedlicher Sichtweisen auf ein Thema einen Informationsmehrwert für andere schaffen. Diese breite Sicht des Präventionsrats nutzt er auch, um Akteure aktiv zu verbinden.

Die Vernetzungsfunktion des Präventionsrats ist für die Akteurszusammenarbeit in Emden grundlegend: Durch den Präventionsrat werden direkte Verbindungen zwischen Einzelakteuren innerhalb aber auch außerhalb der Verwaltung geschaffen, die helfen, direkte Abstimmungen zu befördern und gemeinsame Ziele bewusst werden zu lassen. Aber auch der Präventionsrat ist im Themenfeld der Sicherheit im Quartier bisher kaum bis gar nicht aktiv. Von Seiten der Stadtplanung wird er nicht bei städtebaulichen Planungen beteiligt, seine Netzwerke, die diesen Bereich berühren, haben vornehmlich einen anderen Kerninhalt und obwohl der Präventionsrat zu quasi allen für das Themenfeld relevanten Akteuren Kooperationsbeziehungen unterhält, sind die Akteure durch ihn zu diesem speziellen Thema nicht verbunden.

Die vergleichsweise schwachen Beziehungen der Emdener Akteure in Bezug auf das Themenfeld der Sicherheit im Wohnumfeld basiert somit auf einem grundsätzlich sehr engen und dichten Netzwerk der Akteure. Auch aus diesem Grund wird das Thema der Wohnumfeldsicherheit bisher nicht explizit behandelt, da es als Thema in anderen Zusammenhän-

**PRÄVENTIONSRAT
ALS GRAVITATIONS-
PUNKT**

gen und in der dortigen Zusammenarbeit mitbehandelt werden konnte. Hierfür ist unter anderem das Projektteam Soziale Stadt Barenburg ein illustrierendes Beispiel.

Das Projektteam Soziale Stadt Barenburg ist grundsätzlich für die Koordination des namensgebenden Gesamtprojekts zuständig. In ihm sind neben dem Fachdienst Stadtplanung, der die Federführung des Projekts übernimmt, auch die Fachbereiche Jugend, Schule und Sport sowie Gesundheit und Soziales vertreten, darüber hinaus der Fachdienst Finanzen, die Stabsstelle Sozialplanung, der Sanierungsträger sowie das Quartiersmanagement. Auch im Soziale Stadt-Gebiet Barenburg spielt das explizite Thema der Sicherheit eine untergeordnete Rolle. Im Zuge dessen ist dieser Bereich auch in den Beratungen des Projektteam Soziale Stadt Barenburg nur selten Inhalt – was nicht heißt, dass Sicherheit unbeachtet bleibt, sondern es sich in der Regel in andere Betrachtungsschwerpunkte einordnet.

Die regelmäßige Abstimmung innerhalb dieser Runde, die quasi die gesamte Emdener Verwaltung repräsentiert, wird von den Teilnehmern sehr geschätzt. Über die Jahre ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Akteure entstanden und die fachübergreifende Zusammenarbeit ermöglicht ein effektives Arbeiten. Möglich wird diese spezielle Form der Zusammenarbeit jedoch nur unter den besonderen Bedingungen des Förderprogramms Soziale Stadt. Somit bleiben nicht nur die Menge an Projekten und Maßnahmen sondern auch die Formen der Zusammenarbeit begrenzt auf den Regelfall übertragbar. Für die Zusammenarbeit in der Gesamtstadt Emden wirkt sich jedoch positiv aus, dass durch diese Projektgruppenarbeit bereits ein höherer Anteil an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Verwaltung im engen Austausch verbunden ist als in komplexeren Organisationsstrukturen größerer Städte. Ordnungsamt und Polizei sind nicht Teil des Projektteams Soziale Stadt Barenburg. Themen und Lösungsansätze werden in der Regel ohne diese klassischen Sicherheitsakteure innerhalb des Projektteams vorbesprochen und erst daraufhin – vorzugsweise über den Präventionsrat – mit Ordnungsamt oder Polizei abgestimmt. Auch in diesem Modus der Zusammenarbeit wird der nachgeordnete Stellenwert sicherheitsbezogener Aspekte erkennbar.

In Bezug auf die Polizei sehen alle kommunalen Akteure eine vertrauensvolle und kooperative Zusammenarbeit. Die unterschiedlichen Nähen einzelner kommunaler Akteure zu den polizeilichen Themen werden jedoch auch in Emden deutlich: Engste Verbindungen weisen das Ordnungsamt und der Präventionsrat auf, während Stadtplanungsamt und Quartiersmanagement mit dem Blick auf das Wohnumfeld nur wenige Überschneidungen mit der Polizei besitzen. Zwischen der Kommune und der Wohnungswirtschaft in Emden gibt es ebenfalls gegenwärtig unter Sicherheitsaspekten nur schwache Verbindungen, auch wenn beide Akteure dies als zukünftig stärkeres Aktionsfeld ansehen.

4. Kommunale Kriminalprävention im Wohnumfeld in Braunschweig

Wie die Mittelstädte Lüneburg und Emden gilt auch die Großstadt Braunschweig den lokalen Akteuren als sichere Stadt. Grundsätzlich sehen die kommunalen Handelnden keine gravierenden Sicherheitsdefizite in ihrer Stadt und auch für die Bevölkerung Braunschweigs spielt Sicherheit als Thema eine nachgeordnete Rolle. In einer vergleichenden Untersuchung in deutschen Städten nimmt Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Braunschweig von zehn abgefragten Themen den siebten Platz ein. Diese Bevölkerungssicht teilen auch die kommunalen Akteure: Kriminalität gilt ihnen grundsätzlich nicht als drängendes Problem und demzufolge ergeben sich hierhingehend keine Handlungsschwerpunkte. Auch aus dem politischen Raum wird dieses Thema selten adressiert und wenn, dann vornehmlich als Reaktion auf eine aktuelle Presseberichterstattung. Die kommunalen Akteure sehen das Thema der Sicherheit in ihrer Arbeit daher grundsätzlich integriert und bearbeiten es im Arbeitsalltag mit, wobei nur zu bestimmten Gelegenheiten das Thema auch explizit benannt wird. Unter anderem wird bei der Neuaufstellung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts der Aspekt „Sicherheit in der Stadt“ gezielt behandelt. Dieser wurde durch die Akteure Polizei, Feuerwehr und Ordnungsamt eingebracht aber auch von anderen Fachbereichen als wichtig benannt.

Braunschweig weist aufgrund seiner Stadtgröße eine deutlich höhere Akteursvielfalt als die anderen (kleineren) Fallstudienstädte auf. Das betrifft einerseits die Anzahl der Akteure wie auch deren innere Differenzierung. Aufgrund der größeren Mitarbeiterzahl – etwa in den kommunalen Verwaltungsteilen – sind die dortigen Aufgaben spezialisierter verteilt und beinhalten weniger „Generalistentum“ als in Klein- und Mittelstädten. In diesem Zusammenhang lässt sich auch erkennen, dass sich die Netzwerkstrukturen zwischen Stadt- und Quartiersebene weitgehend ausdifferenzieren und unabhängiger voneinander existieren, als in den beiden kleineren Fallstudienstädten, in denen sie über die jeweils gleichen Personen in unterschiedlichen Funktionen verbunden werden. Im Rahmen der Präventionsarbeit lassen sich daher in Braunschweig verschiedene Netzwerkknoten auf verschiedenen Maßstabsebenen identifizieren.

Eine zentrale vernetzende Rolle in der gesamtstädtischen Sicherheitsarchitektur der Stadt kommt hierbei dem Präventionsrat zu. Der Präventionsrat Braunschweig besteht seit 1996 und baut auf eine vielfältige Präventionslandschaft auf. Unter dieser Vorbedingung entwickelte er seine Struktur und inhaltliche Ausrichtung, die ihn von der Mehrzahl anderer kriminalpräventiver Gremien, insbesondere derjenigen kleinerer Städte, unterscheidet. Das Team des Präventionsrates wurde gezielt ausgewählt, um einen breiten Blick auf Präventionsarbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe innerhalb der Stadt zu gewährleisten. In diesem Sinne entspricht der Braunschweiger Präventionsrat einem Expertengremium und

**KOMPLEXERE
AKTEURS-
STRUKTUREN
EINER GROSSSTADT**

**PRÄVENTIONSRAT
ALS STADTWEITER
NETZWERKKNOTEN**

nicht einer offenen Austauschplattform. Im bestehenden, großstädtischen System unterschiedlichster Präventionsinitiativen in Braunschweig bildet der Präventionsrat somit eine übergeordnete Funktion. Über die Kontakte zu bestehenden Facharbeitskreisen ist er über aktuelle Entwicklungen und Problemfelder der Stadt informiert und innerhalb dieser breiten Präventionslandschaft übernimmt der Braunschweiger Präventionsrat die Aufgabe, diese transparent aufzubereiten und damit eine Vermittlung anzubieten. Er wird dabei zum Netzwerkknoten für Präventionsakteure auf Stadtebene.

In Hinblick auf eine Weiterentwicklung des Präventionsrats werden jedoch seit einiger Zeit interne Überlegungen angestellt, wie auch die Arbeit in den Quartieren stärker unterstützt werden kann. So könnten etwa über einzelne Modellprojekte Erfahrungen mit der stadtteilbezogenen Präventionsarbeit gesammelt werden, die in nachfolgende Schwerpunktsetzungen oder Angebote des Präventionsrats einfließen. Die bisher nur in Grundzügen bestehenden Netzwerkkontakte des Präventionsrats in die jeweiligen Quartiere könnten so intensiviert werden. Aspekte der Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft sind in diesem Rahmen noch nicht zum Thema des Präventionsrats gemacht worden. Im Zuge einer verstärkten quartiersorientierten Arbeit besteht jedoch das grundsätzliche Interesse, im Präventionsrat auch diesen Aspekt zu stärken.

Auf Quartiersebene übernimmt – am Beispiel des Untersuchungsraums Weststadt – der Verein Stadtteilentwicklung Weststadt e.V. bzw. die von ihm betriebenen Treffpunkte eine vergleichbare Funktion. Der Verein Stadtteilentwicklung Weststadt e.V. ist als gemeinsame Plattform von vier gleichberechtigten Partnern konstruiert. Gesellschafter des Vereins sind neben der Stadt Braunschweig die drei Wohnungsunternehmen Baugenossenschaft Wiederaufbau eG, die Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig und die Braunschweiger Baugenossenschaft mit dem Ziel, die Weststadt zu einem lebendigen und gemischten Stadtteil zu entwickeln. Bemerkenswert ist hierbei die kooperative Zusammenarbeit dreier Wettbewerber, die ein gemeinsames inhaltliches Ziel der Gebietsentwicklung verbindet.

Ausgangspunkt der Kooperation war die Gebietsentwicklung des Weststädter Ilmwegs als Pilotprojekt im Jahr 2008. In diesem initialen Projekt spielten Sicherheitsaspekte eine explizite Rolle – in Mieterbefragungen wurden damals Aspekte wie Angsträume, unklare Wegeführung, Verbuschung und schlechte Beleuchtung eingebracht und konzeptionell auch berücksichtigt. Im Kontext des Gesamtprojektes blieb dieser Aspekt jedoch nur ein Teilelement. In anderen Projekten jenseits des Ilmwegs spielte das Thema der Sicherheit im Wohnumfeld in der Arbeit des Vereins darüber hinaus keine konkrete Rolle mehr. Die sicherheitsrelevante Arbeit des Vereins setzt dagegen auf einer sozialen Grundlagenarbeit und damit auf einer abstrakteren Präventionsebene an.

**TREFFPUNKTE WEST-
STADT ALS QUAR-
TIERSBEZOGENER
NETZWERKKNOTEN**

Eine zentrale Maßnahme der Kooperation von Kommune und Wohnungsunternehmen innerhalb des Vereins Stadtteilentwicklung Weststadt e.V. ist der gemeinsame Betrieb der drei dezentralen Stadtteilmanagementbüros „Treffpunkte Weststadt“. Ihre Einrichtung wird als wesentlicher Erfolgsfaktor des Projekts gesehen: Sie organisieren und begleiten städtebauliche, architektonische und baulich-technische Gestaltungsmaßnahmen, initiieren und koordinieren Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit, stärken Bürgerverantwortung und fördern die Ausbildung von Nachbarschaftsnetzwerken. Die Stadtteiltreffpunkte schaffen gute Voraussetzungen für den Aufbau eines stadtteilbezogenen Netzwerks, insbesondere unter Einbindung aller sozialen und ethnischen Gruppen. Mit ihnen wurde damit ein quartiersmanagementähnliches Instrument geschaffen – gemeinsam finanziert von den Wohnungsunternehmen und der Stadt und mit positiven Wirkungen für das soziale Stadtteilleben und – dadurch vermittelt – die Sicherheit im Quartier.

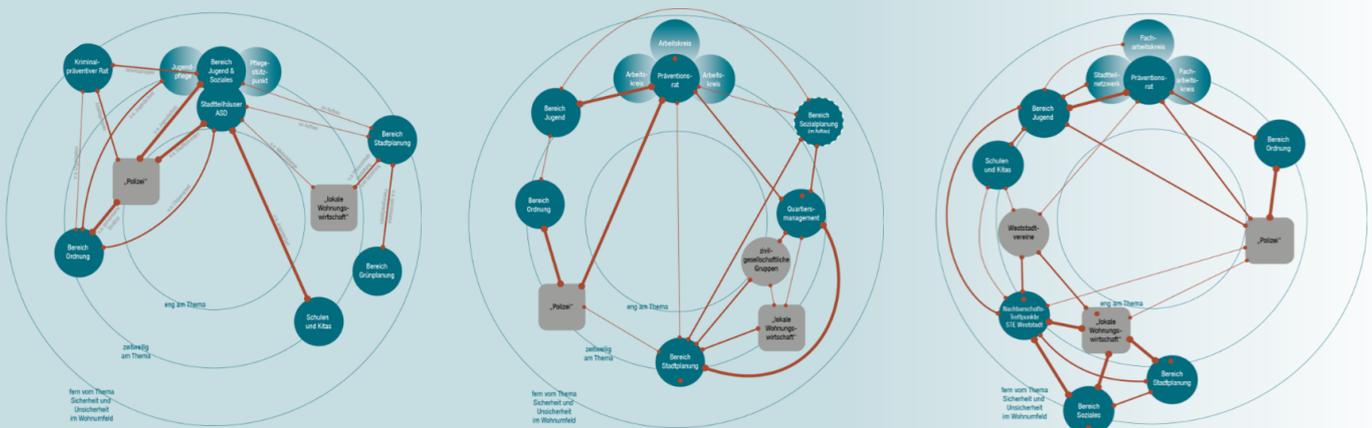
5. Zusammenfassung

Jede der untersuchten Fallstudienstädte zeigt ein typisches Akteursnetzwerk. Trotz oftmals grundsätzlich vordefinierter Aufgabenbereiche der Akteure prägen sich Akteursstrukturen und -netze unterschiedlich aus und auch die jeweilige Rolle, die der einzelne Akteur innerhalb dieses Systems übernimmt, unterscheidet sich zwischen den Städten. Am deutlichsten wird dies am Beispiel der jeweiligen kriminalpräventiven Gremien, die – auch bedingt durch ihre jeweiligen Ressourcen – innerhalb der Akteursnetze intensivere oder periphere Funktionen für das Themenfeld Sicherheit im Wohnumfeld übernehmen. Die Rolle der einzelnen Akteure unterscheidet sich abhängig von eigener Schwerpunktsetzung, der Verfügbarkeit von Personal, der persönlichen Prägung durch Einzelakteure, der Kooperationskultur innerhalb der Stadt und den stadtspezifischen Partnern, die teilweise zentrale Funktionen übernehmen.

Andererseits finden sich in diesen Netzen auch immer wieder ähnliche Kooperationsmuster und typische Konstellationen zwischen einzelnen Akteuren: Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsverwaltung ist meist eng, die Abstimmungen zwischen der kommunalen Planung und der Wohnungswirtschaft erprobt und zwischen Jugend-, Schul- und Sozialverwaltung verankert. Die für ein sicheres Wohnumfeld und eine sichere Nachbarschaft ebenso wichtigen Kooperationen jenseits dieser Verbindungen sind dagegen häufig nur wenig etabliert.

Akteursnetze transit

Nähen und Fernen zueinander und zum Thema „Sicherheit im Wohnumfeld“ in den Fallstudienstädten



Die Gründe hierfür sind vielfältig. Meist wurde ein gemeinsames Arbeiten von vermeintlich fachfernen Akteuren schlicht noch nie aktiv angestoßen. Häufig liegen auch noch keine Erfahrungen dazu vor, welchen Mehrwert die gemeinsame Tätigkeit für sichere Quartiere schafft. Mitunter hindert auch ein unzureichendes Verständnis der Handlungslogik des Gegenübers die Zusammenarbeit. Womöglich behindern Vorurteile oder ein fehlendes Wissen über die Grundlagen, Gegenstände, Methoden und Handlungsreichweiten der anderen Akteure eine engere Kooperation. Gemeinsames Arbeiten an einem konkreten Thema oder einem konkreten Ort hilft, solche Hindernisse zu überwinden, denn die Gemeinsamkeiten liegen auf der Hand: Egal ob Polizei, Wohnungswirtschaft, Stadtplanungs-, Jugend- oder Ordnungsamt – sie alle haben das Ziel, sichere und lebenswerte Räume für die Bewohnerinnen und Bewohner zu schaffen.

5.1 Interdisziplinäre Zusammenarbeit für sichere Quartiere

Um die Lebensqualität im Quartier zu verbessern, ist die Zusammenarbeit dieser Akteure eine wichtige Rahmenbedingung, denn die interdisziplinäre Betrachtung hilft, Ursachen und Zusammenhänge von lokalen Unsicherheiten zu verstehen und erst das gemeinsame Entwickeln von Handlungsstrategien und Maßnahmen schafft nachhaltig wirksame Lösungen für ein sicheres Wohnumfeld.

Wenn Sicherheit geschaffen oder gestärkt werden soll, gilt es, diese Gesichtspunkte sicherer Quartiere gemeinsam und in ihrem Zusammenspiel zu betrachten. Zu einem nachhaltigen Präventionsansatz gehört es daher, bauliche wie soziale Maßnahmen einzubeziehen. Präventive Maßnahmen ersetzen repressive Maßnahmen bei Straftatbeständen nicht. Sie haben aber zum Ziel, deren Einsatzhäufigkeiten langfristig zu reduzieren. Präventionsstrategien für ein sicheres Wohnumfeld sind dabei besonders dann erfolgreich, wenn sie in einem Wohnquartier gemeinsam von verschiedenen Verantwortungsträgern entwickelt und umgesetzt werden.

VERANTWORTUNGS- TRÄGER SENSIBILISIEREN

Ein erster wichtiger Schritt besteht darin, dass sich jeder Akteur seiner Wirkung auf die lokale Sicherheitslage bewusst wird: „Wie beeinflusse ich die Sicherheit im Quartier?“. Die Sensibilisierung für die eigene Sicherheitswirkung erfolgt durch eine bewusste Auseinandersetzung. Für diejenigen Akteure, für die Sicherheit und Kriminalprävention zu den originären und kontinuierlichen Aufgaben gehören – wie Polizei, Ordnungsamt oder kriminalpräventive Gremien – bedeutet dies, sicherheitsrelevante Aspekte immer wieder gezielt in die Diskussion einzubringen. Diejenigen Akteure, für die Sicherheit nur ein Gesichtspunkt neben weiteren ist – wie Planungs- und Jugendverwaltungen oder Wohnungswirtschaft –,

haben dagegen die Aufgabe, diese Themen offen mit Blick auf die eigene Arbeit zu durchdenken und sich auf sie bewusst einzulassen.

Sich mit Sicherheit im Quartier auseinanderzusetzen heißt dabei stets auch, sich den Grenzen bewusst zu werden – den Grenzen der Betrachtung wie auch jenen der Handlungsmöglichkeiten. Eine fachliche Betrachtung, die Sicherheit stets im Blick hat, soll nicht dazu führen, Sicherheitsthemen „hochzuspielen“. Klar ist: Nicht jeder Nutzungskonflikt ist ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, und nicht jeder Verstoß stellt ein Sicherheitsproblem dar. Sich näher mit Fragen der städtebaulichen Kriminalprävention zu beschäftigen, darf nicht dazu führen, Quartiersentwicklung vor allem unter Sicherheitsgesichtspunkten zu betreiben. Weiterhin gilt: Nicht jedes Problem, das unter dem „Etikett“ (Un-)Sicherheit gehandelt wird, hat dort auch tatsächlich seine Ursachen. Mitunter werden unter der Überschrift Sicherheit andere – diffusere – (Stadtteil-)Probleme verhandelt, etwa eine besondere Dynamik im Wandel des Quartiers, Gefühle von Fremdheit oder des sozialen „Abgehängtheits“ eines Stadtteils und seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Und dabei gilt stets, dass gesellschaftliche Ursachen von Unsicherheit nicht allein auf lokaler Ebene beeinflusst werden können und diese Diskussionen daher auch auf anderen Ebenen zu führen sind.

Bei allen gegebenen Grenzen gilt jedoch, dass das eigene fachliche Handeln dazu beitragen kann, Wohnumfeld und Nachbarschaft sicherer und lebenswerter zu gestalten. Es zeigt sich, dass lokale Sicherheitsarbeit insbesondere dann nachhaltige Effekte erzielt, wenn sie mit Sicherheit thematisierte Situationen eben nicht (nur) als Sicherheitsthemen begreift. Sie sollte vielmehr eine ganzheitliche Betrachtung zugrunde legen und dabei kriminalpräventive, gestalterische sowie soziale Strategien und Maßnahmen verknüpfen. Dies wiederum erfordert eine Zusammenarbeit von Akteuren über Fachgrenzen und Institutionen hinweg.

5.2 Kooperation für ein sicheres Wohnumfeld

Für Sicherheit im Wohnquartier übernehmen insbesondere die Akteure der Polizei, der Wohnungswirtschaft und der Kommune mit ihren unterschiedlichen Fachbereichen zentrale Funktionen. Sie prägen zu großen Teilen die Ausgestaltung des öffentlichen Raums, die Formen des lokalen Zusammenlebens und die Verhinderung von Straftaten. Für ein zielgerichtetes Sicherheitshandeln, das die Lebensqualität der dort wohnenden Menschen verbessert, ist die Zusammenarbeit dieser Akteure eine wichtige Rahmenbedingung.

Durch interdisziplinäre Zusammenarbeit lassen sich einzelne Maßnahmen der Akteure gezielt aufeinander abstimmen und koordiniert umsetzen. Die Maßnahmen zu verbinden schafft dabei einen Mehrwert, das heißt, es lässt sich gemeinsam mehr erreichen als durch die jeweils einzelnen Maßnahmen allein. Wenn bei einer entsprechenden Problemlage beispielsweise die anstehende Neugestaltung eines öffentlichen Platzes mit aufsuchender Jugendarbeit und intensivierter Vor-Ort-Präsenz der Polizei verknüpft wird, greifen Planungs-, Umsetzungs- und Nutzungsphase gezielt ineinander. Im Ergebnis können sichere und lebenswerte Räume entstehen.

Im Zuge einer solchen Zusammenarbeit lernen die Akteure voneinander. In der praktischen Zusammenarbeit der Verantwortlichen schärft sich das Verständnis für diejenigen Partner, die, wie man selbst, für ein sicheres Wohnumfeld und eine sichere Nachbarschaft Sorge tragen. Die Netzwerkbildung zwischen den Akteuren städtischer Sicherheitsproduktion ist daher auch ein sozialer Prozess und nicht nur eine Frage der funktionalen Arbeitsorganisation. Eine solche Netzwerkbildung erlaubt integrierte Konzepte, welche die verschiedenen sicherheitsprägenden Aspekte von vornherein zusammen denken. Sich frühzeitig abzustimmen ermöglicht es, die sicherheitsrelevanten Hinweise anderer Partner bereits in der eigenen Planungs- und Konzeptionsphase zu berücksichtigen. Hierauf aufbauend ist es entscheidend, kriminalpräventive Konzepte nicht als zusätzlichen, sondern als integralen Bestandteil in die tägliche Arbeit der Verantwortlichen vor Ort „einzubauen“. Wenn eine Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsverantwortlichen im Arbeitsalltag etabliert ist – z.B. die Polizei bei Platzumgestaltungen wie selbstverständlich frühzeitig hinzugezogen wird oder Jugendhilfe und Wohnungsunternehmen regelmäßig gemeinsame Angebote für Kinder und Jugendliche konzipieren –, trägt dies maßgeblich zu einem sicheren Wohnumfeld und sicheren Nachbarschaften bei.

Die jeweiligen Formen der Zusammenarbeit sind dabei lokal zu bestimmen. Zu unterschiedlich sind die Ausgangslagen der Städte und Gemeinden, je nach Größe und städtebaulicher Erscheinung, nach Struktur der Bewohnerschaft und politischen Rahmenbedingungen und auch nach Aspekten, welche Akteure vorhanden sind, welche Netzwerke bereits existieren und wer einen Netzwerkknotenpunkt bilden kann.

Es empfiehlt sich jedoch stets, ein Kompetenzteam aus Polizei, Wohnungsunternehmen und denjenigen kommunalen Verwaltungsbereichen zu bilden, die für Sicherheit und Quartiersentwicklung Sorge tragen, wie Stadtplanungs-, Sozial- und Ordnungsämter. Ein bestehendes kriminalpräventives Gremium eignet sich besonders dafür, eine Koordinationsrolle für dieses Netzwerk zu übernehmen – aber auch die Stadtplanungs- oder Sozialverwaltung kann einen solchen Netzwerkknoten bilden. Zentrale Aufgabe dieses Kompetenzteams ist es, die „Fäden“ zueinander aufrechtzuerhalten. Deswegen ist es meist hilfreich, das ge-

meinsame Netzwerk auch strukturell abzusichern. Egal, ob regelmäßig oder anlassbezogen – entscheidend ist, die anderen Partner frühzeitig in eigene Überlegungen einzubeziehen, geplante Vorhaben und anstehende Planungen zu vermitteln und die Kompetenz des Netzwerkes für die eigene Arbeit zu nutzen.

Die gemeinsam abzustimmenden Maßnahmen für ein sicheres Wohnumfeld und eine sichere Nachbarschaft hängen vom jeweiligen Anwendungsfall ab. Die Individualität der einzelnen Quartiere und Räume bildet dabei den Ausgangspunkt. Die entscheidende Frage ist dann nicht mehr nur: „Was hat sich anderswo bewährt?“, sondern auch: „Was passt zu uns und unserem Fall?“. Dabei bleibt es wichtig, auf belastbaren empirischen Grundlagen aufzubauen: Sorgsam interpretierte polizeiliche Daten, (methodisch fundierte) Bürgerbefragungen, kriminologische Erkenntnisse und positiv evaluierte Programme sind für eine angemessene Prävention und Reaktion unabdingbar. Dem sind aber stets die eigene Kultur der Zusammenarbeit und die verfügbaren Ressourcen an die Seite zu stellen.

In der stärkeren Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune liegen große Potenziale, um die Lebensqualität in den Quartieren zu verbessern: indem der Aspekt der Sicherheit für die eigene Arbeit immer wieder bewusst reflektiert wird, indem das Fachwissen der anderen Partner explizit einbezogen wird und indem der Mehrwert einer regelmäßigen Abstimmung zwischen Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune offensichtlich wird.

Danksagung

Ohne Unterstützung kann ein transdisziplinär angelegtes Forschungsprojekt nicht umgesetzt werden. Daher möchte sich das Projektteam des Landeskriminalamts Niedersachsen, des Deutschen Instituts für Urbanistik sowie des Forschungsinstituts F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH an dieser Stelle ausdrücklich für die vielseitige Unterstützung bei allen Beteiligten bedanken. Natürlich danken wir dem Bundesministerium für Bildung und Forschung für die Förderung des Projektes und dem Projektträger vdi für die operative Unterstützung. Insbesondere bedanken wir uns bei den beteiligten Akteuren aus der Polizei, den Wohnungsunternehmen, den Kommunalverwaltungen sowie den kommunalen Präventionsräten aus den Fallstudienstädten Braunschweig, Emden und Lüneburg. Weiterhin bei den assoziierten Partnern dem Verband der Wohnungswirtschaft Niedersachsen und Bremen, dem Niedersächsischen Städtetag sowie den wissenschaftlichen Partnern aus der University of Salford (Design Against Crime Solution Centre), der Magistratsdirektion der Stadt Wien (Geschäftsbereich Bauen und Technik, Stadtbaudirektion), dem Laboratorio Qualitá urbane e Sicurezza der Politecnico di Milano, und der Polizeiakademie Niedersachsen.

Wir danken Frau Dipl.-Ing. Sabine Rebe und Dr. Olga Siegmunt für die wissenschaftliche Unterstützung, Alissa Kniesburgs und Jürgen Gohlke sowie allen Praktikantinnen und Praktikanten des LKA für die studentische Zuarbeit und tabasco.media für die grafische Umsetzung der Ideen. Weiterhin danken wir den deutschen und europäischen Interviewpartnern und unseren Kolleginnen und Kollegen in den Institutionen.

Zitierweise

Verbundprojekt transit
Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Sicherheit im Wohnumfeld –
Akteure, Netzwerke, Strategien für ein sicheres
Wohnumfeld in den Fallstudienstädten
Berlin 2016

Herausgeber

Verbundprojekt transit
Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Autor

Jan Abt

Landeskriminalamt Niedersachsen

Am Waterlooplatz 11, 30169 Hannover
E-Mail: kfs@lka.polizei.niedersachsen.de
Verbundkoordinatorin: Dr. Anke Schröder

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
E-Mail: urbane-sicherheit@difu.de
Projektleiter: Dr. Holger Floeting

Unterauftragnehmer

**F+B Forschung und Beratung für Wohnen,
Immobilien und Umwelt GmbH**
Adenauerallee 28, 20097 Hamburg
E-Mail: service@f-und-b.de

www.transit-online.info